

2 Sozial- und Wirtschaftsstruktur

René Levy, Institut des sciences sociales, Universität Lausanne
in Zusammenarbeit mit Dominique Joye, Institut des sciences sociales,
Universität Lausanne

Inhaltsverzeichnis

1	Ein unbequemes Paar	49
2	Wirtschaftsstruktur	51
3	Sozialstruktur	54
4	Entwicklungsperspektiven	63

1 Ein unbequemes Paar

Das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft hat im sozialen und politischen Denken verschiedenartige Interpretationen gefunden. Es ist für das Verständnis dessen, was in einer Gesellschaft vorgeht, so grundlegend, dass es zum Titel des Hauptwerks von Max Weber (1921), dem Begründer der modernen deutschen Soziologie, gewählt wurde. Ist die Wirtschaft ein Sektor gesellschaftlichen Lebens unter vielen, unterliegt sie denselben Gesetzmässigkeiten wie die anderen gesellschaftlichen Felder (Parsons 1951; Luhmann 1984)? Ist sie vielmehr das untergründige Kraftzentrum, das die übrigen Teile der Gesellschaft bewegt, auch wenn dies nicht immer klar erkennbar ist (Marx 1867)? Ist ihre Logik des Homo oeconomicus derart grundlegend, dass sich selbst so wirtschaftsferne Bereiche wie die Familie oder das religiöse Leben am besten mit den Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaften verstehen lassen (Becker 1981)? Oder ist es eher so, dass wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Prozesse und Strukturen sich gegenseitig so durchdringen, dass wirtschaftliches Handeln immer in nicht wirtschaftsförmige Strukturen eingebettet ist, und umgekehrt wirtschaftsimmanente Logiken, insbesondere individuelle oder kollektive Kosten-/Nutzenkalküle, auch in anderen Lebensbereichen ihre Rolle spielen (Granovetter 1992)? Ergebnisse der Sozial- und Kulturanthropologie (Polanyi 1957) und der Wirtschaftsgeschichte (Braudel 1979; Wallerstein 1976) zeigen, dass das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft nicht konstant ist. Je komplexer die Gesellschaftsstruktur und je dezentraler die politischen Machtstrukturen sind, desto weitergehend «befreit» sich die Wirtschaft aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Einbettung. Je klarer diese strukturellen Voraussetzungen erfüllt sind, desto stärker gewinnt sie an Eigendynamik und wird letztlich zum gestaltenden Ort der Dynamik der ganzen Gesellschaft – oder droht es zu werden. Es ist schwer zu bestreiten, dass eine solche Dominanz, d. h. die Dominanz einer einzigen

unter den vielen gelebten sozialen Logiken, in verschiedener Hinsicht sehr problematisch ist.

Mit dieser diagnostischen Frage stellt sich auch die wissenschaftsstrategische nach der Relevanz der entsprechenden Spezialwissenschaften – ist es die Soziologie oder die Ökonomie, welche die Gesellschaft am besten verständlich machen kann? Einem polemischen Bonmot zufolge handelt die Ökonomie davon, wie Menschen ihre Wahlen treffen, während sich die Soziologie damit beschäftigt, weshalb sie gar keine Wahl haben. Gegen seinen polemischen Strich gebürstet, deutet es eine Komplementarität der Sichtweisen an, die durchaus ernst zu nehmen ist. Dies ganz besonders in einer historischen Situation, in der ein während Jahrzehnten relativ stabiles, austariertes Verhältnis zwischen nationalen Ökonomien und nationalen «polities» durch eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Globalisierung in Bewegung kommt, und wo für wachsende Bevölkerungskreise erkennbar wird, dass der gewaltige, erst allmählich ausgenützte Mobilitätsunterschied zwischen territorial gebundenen politischen Strukturen und territorial ungebundenen internationalen Märkten und Firmen ein Machtgefälle zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren öffnet, das auf eine neue, bisher kaum erfahrene Weise die politische Demokratie auszuhöhlen droht (Antille et al. 1997). In diesem neuen Kontext lautet die Einsicht desillusionierter Bürgerinnen und Bürger nicht mehr «Sie machen ja doch, was sie wollen», sondern «Was soll ich mich um Abstimmungen und Wahlen kümmern, wenn die durchschlagenden Entscheide ohnehin anderswo fallen?».

Die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen scheinen seit Langem in der Schweiz gradueller und weniger konzentriert abgelaufen zu sein als in anderen westlichen Ländern. Bereits die Industrialisierung fand zwar nicht später statt – im Gegenteil, nur wenige europäische Länder kannten eine «Industrialisierung vor der Industrialisierung», die so weit ging wie hier – aber weniger stossweise. Ähnliches kann vom 20. Jahrhundert gesagt werden, v. a. wohl, weil die Schweiz nur am Rand und nicht militärisch in die beiden Weltkriege verwickelt war. Hat dies dazu beigetragen, dass die Anpassungsgeschwindigkeit ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur an veränderte internationale Gegebenheiten zu langsam geworden ist, weil Produktionsstrukturen und -stile intakt blieben, die anderswo neu und deshalb moderner rekonstruiert werden mussten? Oder hat der relative Reichtum, der hohe Lebensstandard der Schweiz eine Wirtschaftspolitik ermöglicht, die, namentlich durch den Import ausländischer Arbeitskräfte, während Jahrzehnten ganze Sektoren von der internationalen Konkurrenz und dem von ihr ausgehenden Innovationsdruck abschirmen konnte? Oder leidet die Schweiz heute an einem Überfluss an Demokratie, weil zu viele Interessengruppen, Institutionen und politische Subsysteme an den wesentlichen Entscheidungen beteiligt sind und die nötigen Veränderungen gerade dann blockieren, wenn der zu verteilende Kuchen nicht weiter wächst und die meisten strategischen Wahlen zum Nullsummenspiel mit Gewinnern und Verlierern macht (Borner et al. 1990)?

Die wenigsten dieser Fragen können im vorliegenden Kapitel befriedigend beantwortet werden – u. a., weil die diesbezügliche Forschung unterentwickelt ist, nach ihrem Ausmass wie auch nach ihrer Interdisziplinarität. Dies ist auch der Grund, weshalb die im Folgenden dargestellten Grundzüge und Entwicklungstendenzen eine Auswahl darstellen, die nicht unabhängig vom Beobachter erfolgen kann.¹ Es sind jene, die dem Autor als die gegenwärtig, aber auch längerfristig als die folgenreichsten erscheinen.

2 Wirtschaftsstruktur

Grundzüge

Die schweizerische Wirtschaftsstruktur hat sich nicht nur in wichtigen Aspekten anders entwickelt als in den benachbarten Ländern, sondern auch anders, als sie von vielen Schweizern selbst gesehen wird. Die Schweiz hat, stärker als die meisten anderen europäischen Länder, eine Protoindustrialisierung gekannt, besonders im 18. Jahrhundert, die in mehreren Regionen bereits vor der eigentlichen industriellen Revolution Formen der Serienfertigung hochwertiger Produkte (Textilien, Uhren) zur Verbreitung brachte (Bergier 1983). Massenproduktion im grossen Stil, meist in den Abbaugebieten der dafür benötigten Rohstoffe, wie sie die frühen Industrialisierungsphasen in England, Deutschland und Frankreich und anderen Ländern geprägt hat und zur Entstehung grosser, neuer industrieller Städte und Regionen führte, kannte die Schweiz nur in Ansätzen. Die frühe industrielle Entwicklung fand hier vielmehr dezentral statt, u. a., weil ihr die Zunftherrschaft in den Städten Widerstand leistete, während auf dem Land Wasserkraft und arbeitswillige Menschen zur Verfügung standen. So konnten sich z. T. weitab von den grossen Städten (etwa im Kanton Glarus oder im Jurabogen) industrielle Produktionen entwickeln, die sich schnell auf den Export ausrichteten, sei es in Europa selbst, sei es in den Kolonien, deren militärische Kontrolle die Schweiz im Übrigen nichts kostete. Bis in die Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts war dabei die Textilproduktion führend.² In ihren wichtigsten Gebieten (v. a. Textil und Uhren) erhielt die Schweizer Exportindustrie früh eine internationale Stellung, die weit über ihrem Gebiets- oder Bevölkerungsanteil liegt. Diese starke Auslandsorientierung der Wirtschaft wird sich im 20. Jahrhundert auch in anderen Bereichen ausdrücken, bis hin zur Bank- und Versicherungswirtschaft, aber auch im Bereich der Direktinvestitionen, indem Kapitalien schweizerischer Herkunft seit Jahrzehnten zu den internationalen Schwergewichten gehören. Sie wird auch die Grundlage dafür sein, im internationalen Rahmen die Schweizer Wirtschaft ein Gewicht hat, das weit über jenem ihres Gebiets- oder Bevölkerungsanteils liegt.³

Die dezentrale Industrialisierung hatte u. a. eine gewisse Stabilisierung der ländlichen Bevölkerung in den entsprechenden Regionen zur Folge und bremste die Landflucht. Allerdings darf hier dezentral nicht als weiträumig missverstanden

werden. Die Frühindustrialisierung mit ihrer spezifischen Organisationsform, der Heimarbeit, betraf v. a. die Ostschweiz, Basel mit seiner Landschaft und den Jura, nicht aber die Zentralschweiz, das Mittelland, Graubünden, das Wallis und das Tessin. Der Sonderbundskrieg ist nicht zuletzt auch ein Aufstand der armen katholischen Landkantone gegen die reichen, industrialisierten, protestantischen Städte, deren Weltoffenheit und Wandelsbereitschaft für die landwirtschaftliche Welt und ihre Elite nicht als Erfolg versprechend erschien, sondern als Bedrohung. Ländliche Armut war bis weit ins 19. Jahrhundert die Regel, auch die industrielle Entwicklung profitierte vermutlich von ihr. Vor allem aus wirtschaftlichen Gründen war die Schweiz in Europa während Jahrhunderten ein Emigrationsland par excellence; auch das Söldnerwesen gehört weitgehend in dieses Kapitel. Erst nach 1880 hört die schweizerische Wanderungsbilanz auf, negativ zu sein, d. h. die Einwanderung übertraf die Auswanderung.

Die Armut ist vornehmlich ein ländliches Phänomen; bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts sind die Bergbauern die eigentlichen Armen des Landes.⁴ 1880 arbeiten erst 21 Prozent der Berufstätigen für die Industrie und davon nur die Hälfte in Fabriken, die anderen in Heimarbeit, d. h. mit nur geringfügigen Infrastrukturkosten für die Fabrikanten. Erst gegen das Ende des 19. Jahrhunderts, unter dem Druck der erstarkenden Gewerkschaften und im Rahmen der Fabrikgesetze, beginnt sich die Lage der Arbeiterschaft generell zu verbessern.⁵ Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnen die Arbeiterlöhne, über das Existenzminimum hinauszusteigen.

Dass sich die industrielle Produktion früh und dezentral etablierte, trug wohl massgeblich dazu bei, dass die «Revolution» technisch blieb und nicht auch soziopolitisch wurde. Der politische Umbruch, der das Ancien Régime am Ende des 18. Jahrhunderts zum Einsturz brachte, war nur dank einem massiven militärischen Anstoss durch die napoleonische Armee möglich und benötigte danach ein halbes Jahrhundert, um eine neue, stabile politische Struktur hervorzubringen. Dazu gehörte insbesondere ein stark ausgebauter Föderalismus, der trotz der wirtschaftlich enorm dynamisierenden Einführung eines einheitlichen, nationalen Wirtschaftsraums – Abschaffung der internen Zölle und der kantonalen Währungen – stark strukturprägend war; so waren viele überkantonal tätige Unternehmen über längere Zeit «kantonsweise» organisiert; die politischen Systeme, Schulen und Kirchen blieben es weiterhin, ebenfalls die Gewerkschaften, und die kantonalen Wirtschaften wurden durch Kantonalbanken konsolidiert.

Auf diesen besonderen Industrialisierungspfad sind verschiedene Merkmale zurückzuführen, welche die schweizerische Wirtschaftsstruktur auch heute noch kennzeichnen:

- relativ komplexe, reichhaltige regionale Wirtschaftsräume, die sich im Schatten der wachsenden Exportorientierung bemerkenswert gut halten können,
- eine Vielzahl städtischer Mittel- und Kleinzentren, trotz der starken Agglomerationsbildung um einige wenige zentralstädtische Kerne,⁶

- eine hoch entwickelte industrielle Produktionsweise und -kultur mit Schwerpunkt auf Spezialitäten und Hochveredelung,⁷
- eine zentrale Rolle der Berufsbildung, besonders in Form der Lehre im Dualsystem,⁸
- eine stark kleinbetriebliche Struktur, die auch heute noch ein erstaunlich hohes Ausmass aufweist, trotz dem langfristigen Rückgang des Selbstständigenanteils bis in die 1980er-Jahre (seither steigt er wieder leicht an) und trotz der starken Präsenz von grösseren und Grossunternehmen,⁹
- eine traditionell starke, weiterhin zunehmende Exportorientierung.¹⁰

Die neuere Entwicklung war v. a. von zwei wichtigen Veränderungen geprägt. Erstens von der stark zunehmenden Tertiarisierung seit den 1970er-Jahren, die sich an der statistischen Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors nur teilweise ablesen lässt, weil sie gleichzeitig auch innerhalb des industriellen Sektors stattfand (Bedeutungszunahme strategischer, planerischer, verwaltender und forschend-entwickelnder Funktionen an den schweizerischen Sitzen grösserer industrieller Unternehmungen bei gleichzeitiger Tendenz zur Auslagerung wenig qualifizierter Produktions- oder anderer Routinetätigkeiten ins Ausland).¹¹

Der starke Ausbau des Dienstleistungssektors ging hinsichtlich der Arbeitsplätze über den gleichzeitigen, allerdings meist nur relativen Rückgang des industriellen Sektors deutlich hinaus,¹² weshalb die relative Desindustrialisierung der schweizerischen Wirtschaft bis zum Beginn der 1990er-Jahre keinen Nettoverlust an Arbeitsplätzen bewirkte (nur 1970–1980 sank die absolute Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie, aber weniger als die Zunahme im Tertiärsektor).

Zweitens war die neuere Entwicklung vom Rationalisierungsschub der 1980er-Jahre geprägt, der einerseits durch die massive Einführung der Informatik in Produktion und Büros und die durch sie ermöglichte erweiterte Automatisierung getragen war, andererseits durch eine ebenfalls massive Fusionswelle ab Mitte der 1980er-Jahre. Die Informatisierung scheint zunächst grössere Anpassungsprobleme zur Folge gehabt zu haben, weshalb ihre Rationalisierungseffekte mit einiger zeitlicher Verzögerung zum Tragen kamen. Verstärkt durch andere Faktoren, die hier nicht zu untersuchen sind, trugen diese Effekte vermutlich sehr direkt zur krisenhaften Rezession bei, welche die schweizerische Wirtschafts- und Soziallandschaft der 1990er-Jahre geprägt hat, namentlich mit einem Ausmass von Arbeitslosigkeit, den das Land seit der Weltwirtschaftskrise nicht mehr gekannt hatte und mit den daraus resultierenden Defiziten der Sozialwerke und öffentlichen Finanzen. Diese Probleme harren noch ihrer Lösung, was auch deshalb problematisch ist, weil das wirtschaftliche Wachstum der Schweiz in den vergangenen 10–15 Jahren geringer war als jenes ihrer Nachbarn (Bonoli 2004); dies trifft allerdings nach 2000 weniger zu, und in der Krise ab 2008 hat sich die Schweizer Wirtschaft bedeutend besser gehalten als jene des EU-Raums.

Entwicklungslinien

Drei Entwicklungslinien imponieren besonders:

- die weitergehende Tertiarisierung,
- die ebenfalls weitergehende Produktivitätserhöhung und
- die Tendenz zur Auseinanderentwicklung von hoch und niedrig produktiven Branchen sowohl im industriellen als auch im Dienstleistungssektor, eine Tendenz, die eng mit der Verstärkung der Globalisierung zusammenhängt und teilweise mit der ungleichen Entwicklung der (dynamischen) Exportmärkte und der (eher stagnierenden) Binnenmärkte verkoppelt ist.

Die unterschiedliche Entwicklung der Binnen- und Exportwirtschaft verstärkt vermutlich die widersprüchlichen Anforderungen an die staatliche Wirtschaftspolitik, die von diesen beiden Sektoren ausgehen: Die Binnenwirtschaft ist naturgemäss eher an einer protektionistischen Politik interessiert, die Exportwirtschaft an einer liberalen. Im Zeichen der fortschreitenden Globalisierung verstärkt sich auch die «Integrationslücke» zwischen der (intra- und international) stark integrierten Wirtschaft und der intern und extern schwach integrierten Schweizer Politik.

Seit den 1980er-Jahren hat ausserdem in Management- und Anlegerkreisen die Politik der Maximierung des Shareholder-Value an Gewicht gewonnen, die sich – neben anderen strategischen Faktoren – darin ausdrückt, dass die Produktivitätsgewinne nicht länger in mehr oder weniger ausgeglichenen Proportionen zwischen Arbeit (sei es durch Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen oder Arbeitsplatzzerhaltung) und Kapital verteilt werden, sondern immer einseitiger den Anlegern zugutekommen. Darauf wird zurückzukommen sein.

3 Sozialstruktur**Grundzüge**

Der folgenreichste Bestandteil der Sozialstruktur ist die soziale Schichtung, d.h. das System der wichtigsten sozialen Ungleichheiten. Wir werden unser Hauptaugenmerk darauf richten. Vorher sind aber einige Bemerkungen zu den beiden anderen Grunddimensionen der strukturellen Differenzierung angezeigt, der Organisation der sozialen Prozesse in institutionell voneinander abgegrenzte Bereiche (Bereichsdifferenzierung) und auf verschiedenen Systemebenen (systemische Differenzierung). Auch hier ist die Auswahl der angesprochenen Themen notgedrungen selektiv.

Ebenen der sozialen Organisation

Mit dem Föderalismus ist bereits auf die Dimension der systemischen Differenzierung hingewiesen worden, die in der Schweiz besonders stark ausgeprägt ist. Auch heute noch, trotz der nationalen Öffnung im 19. Jahrhundert und der Globalisie-

rung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, stellen die Kantone in mehrfacher Hinsicht teilautonome Kleingesellschaften dar, zwischen denen strukturelle und kulturelle Unterschiede bestehen, insbesondere auch Reichtumsunterschiede, die durch Ausgleichsmassnahmen auf Bundesebene selbst im Bereich der Regierungsfinanzen nur teilweise kompensiert werden (vgl. Kapitel 10 «Kantone» und Kapitel 12 «Agglomerationen»). Auch die Gemeindeautonomie wird, etwa gegenüber Fusionsprojekten oder Ansprüchen auf interkommunalen Finanzausgleich, politisch hartnäckig verteidigt und bleibt stark, obwohl sich Ermüdungserscheinungen bemerkbar machen, u. a. in der Schwierigkeit in kleineren Gemeinden, die ehrenamtlichen öffentlichen Funktionen angemessen zu besetzen oder in der Komplexität und Langwierigkeit der Lösungsprozeduren für Probleme, deren räumliche Inzidenz nicht mit Gemeinde- oder Kantonsgrenzen zusammenfällt (vgl. Kapitel 11 «Communes»). Trotzdem hat sich in den vergangenen Jahren eine gewisse Tendenz zu vermehrten Gemeindefusionen gezeigt. Gesellschaftsstrukturen sind mit wenigen Ausnahmen territorialisiert, d. h. an ein gegebenes Territorium gebunden; die Organisation des politischen Lebens in «konzentrischen Kreisen», namentlich auf den drei Hauptebenen Gemeinde, Kanton und Bund, trägt diesem Tatbestand Rechnung und beeinflusst ihn gleichzeitig. Allerdings mehren sich die Hinweise darauf, dass die administrativ-politische Gliederung des Territoriums in vielen Gegenden immer weniger mit der sozioökonomischen übereinstimmt (im Fall der Regionen um Genf, Basel und Lugano/Chiasso sogar in Bezug auf die Landesgrenze); die räumliche Verteilung der Pendlerströme spricht diesbezüglich eine beredte Sprache (Schuler et al. 1997, 2007).

Institutionelle Bereiche: getrennt und verknüpft

Mit institutionellen Bereichen ist die konventionelle Aufgliederung der Gesellschaft in soziale Grossfelder wie Bildungssystem, Wirtschaft, Familie, Politik, Kirche, Gesundheitssystem, Justiz und Strafvollzug, Armee usw. gemeint. Es ist augenfällig, dass zwischen diesen Sektoren eine Art von Arbeits- oder Funktionsteilung besteht: In einem gewissen und sicher variablen Sinn stellen sie alle jeweils spezifische «soziale Güter» (materieller, organisationeller und symbolisch-kultureller Art) her und verteilen sie. Es handelt sich um eine Form struktureller Arbeitsteilung, die nicht zwischen Personen besteht, sondern zwischen gesellschaftlichen Bereichen, deren Spezialisierung auch eine gewisse Komplementarität zwischen ihnen mit sich bringt.

Erwachsene nehmen regelmässig an mehreren dieser Felder zugleich teil und sind deshalb in deren internen Strukturen positioniert, mit deren Regeln, Ansprüchen und Zwängen konfrontiert, und werden mit den damit verbundenen Befriedigungen belohnt. Im Verlauf des Lebens wechseln diese institutionellen «Teilnahmen» in typischer, sozial geregelter Weise; teilweise folgen sie aufeinander, wenn auch in manchen Fällen mit vorübergehenden Überschneidungen. Die Sequenz Herkunftsfamilie → Schule → Berufsleben/Familie → berufsfreies Alter fällt einem

hierzu spontan ein. Nicht alle individuellen Lebensläufe folgen jedoch bruchlos diesem Muster, denn nicht alle Erwachsenen gründen eine Familie und bleiben während einer kompakten und langen Periode ihres Erwachsenenlebens Familienmitglieder. Dasselbe kann von der Berufstätigkeit gelten; es kommt vor, dass nach einer Berufsphase eine erneute Ausbildungsphase eingeschaltet wird.¹³ Dennoch besteht so etwas wie ein lineares Hauptmuster, dem die meisten Lebensläufe folgen (Perrig-Chiello 2004; Sapin et al. 2007; Bühlmann et al. 2012).

Bei den typischen Abfolgen der entsprechenden Teilnahmeprofile ist ein markanter Unterschied zwischen Männern und Frauen wichtig. Trotz einer gewissen Pluralisierung der Lebensformen herrscht in der Schweiz nach wie vor eine relativ traditionelle Familienorganisation vor, die beinhaltet, dass die Berufstätigkeit der Frauen ihren Familientätigkeiten untergeordnet ist und dass spiegelbildlich dazu die Berufstätigkeit der Männer gegenüber ihren Familientätigkeiten den Vorrang hat.¹⁴ Damit stehen die häufigen Berufsunterbrechungen von Frauen in direktem Zusammenhang, sei es bei der Heirat oder bei der Geburt des ersten oder zweiten Kindes; analoge Unterbrechungen bei Männern kommen praktisch nicht vor (anders als in gewissen skandinavischen Ländern mit nicht geschlechtsspezifischen Elternschaftsregelungen). Für Frauen tritt die Familienbeteiligung damit in wirksame Konkurrenz zu ihrer Berufsbeteiligung, während diese für Männer durch ihre Familienbeteiligung eher gefördert wird (Widmer et al. 2003; Levy und Widmer 2013).

Es gibt diverse Hinweise darauf, dass diese «asymmetrische Komplementarität» zwischen weiblichen und männlichen Lebensverläufen vom institutionellen Umfeld der Familien stark gefördert wird. Viele Institutionen und Organisationen, die an der Regelung des Alltagslebens beteiligt sind, sei es über die eben erwähnte Teilnahme (z. B. Schule), sei es durch Austauschbeziehungen in einem Klientenverhältnis (z. B. Geschäfte, Ämter), gehen in ihrem Funktionieren unausgesprochen und vielleicht sogar unbeabsichtigt von Normalitätsunterstellungen aus, zu denen insbesondere das mehrheitlich geführte Leben in komplementär organisierten Familien gehört. Dies wird besonders leicht sichtbar, wenn man die nur teilweise aufeinander abgestimmten Funktionsrhythmen dieser Institutionen vergleicht, etwa die Arbeitszeiten der meisten Berufstätigen, die meist unterschiedlichen Schulzeiten der Kinder verschiedener Klassen, die Öffnungszeiten von Geschäften und öffentlichen Diensten. Nur in komplementär organisierten Familien ist ein erwachsenes Mitglied genügend disponibel, um die Asynchronien der institutionellen Rhythmen so weit zu überbrücken, dass alle Mitglieder ihre Teilnahmen einigermaßen reibungslos miteinander kombinieren können; diese Komplementarität verbindet sich regelmässig und traditionskonform mit dem Geschlecht und schliesst ein variables Ausmass männlicher Dominanz mit ein. Daraus ergibt sich ein wenig sichtbarer, aber praktisch folgenreicher institutioneller Druck, paarweise zusammenzuleben und das Paar komplementär zu organisieren. Natürlich folgen nicht alle Menschen automatisch diesem Druck. Sie machen aber die praktische Erfah-

rung, dass jede andere Lebensform in mehrfacher Hinsicht aufwendiger, «kostenreicher» ist. Die Tatsache, dass trotz aller sich entwickelnder Variationen der konkreten Formen immer wieder relativ traditionelle, geschlechtsspezifische Strukturen des Zusammenlebens entstehen, dürfte sich zu einem grossen Teil daraus erklären. Damit erweisen sich auch die genannten institutionellen Normalitätsannahmen und die ihnen entsprechenden Funktionsweisen als gewichtige Stabilisatoren der innerfamiliären Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern.

Die Betrachtung der institutionellen Struktur der Gesellschaft aus der Lebenslaufperspektive zeigt, dass die vielfachen Verknüpfungen zwischen den Feldern – hier auf der Ebene der individuellen Integration in die Gesellschaft – mindestens so wichtig sind wie ihre interne Beschaffenheit. Auf eine weitere derartige Verknüpfung und ihre Verschiebung wird im Schlussabschnitt anhand der besonderen Stellung des politischen Systems gegenüber den anderen gesellschaftlichen Teilbereichen eingegangen. Solche Verknüpfungen können durch verschiedenste Anstösse in Bewegung kommen. Im Fall des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Politik erscheint gegenwärtig die beschleunigte Globalisierung der ersteren als wichtigster Faktor. Eine andere Situation gilt für die Veränderung des Verhältnisses zwischen Bildungssystem und Berufswelt, die sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren abgespielt hat. Das Bildungssystem hat seit den 1960er-Jahren beträchtlich expandiert und dementsprechend sind die Anteile derer, die höhere Ausbildungsstufen erreichten, sei es im beruflichen oder im allgemeinbildenden Bereich, angestiegen. Verschiedene Untersuchungen (z. B. Levy et al. 1997) zeigen, dass dies zu einem «Fahrstuhleffekt» geführt hat, durch den die gesamte Bildungshierarchie nach oben gefahren wurde. Diese Expansion hat jedoch nicht, wie teilweise erwartet, eine eigentliche Demokratisierung auf der Eintrittsseite mit sich gebracht, d. h. die Anteile von Kindern aus unteren Sozialschichten, die hohe Abschlüsse erreichten, sind nicht merklich angestiegen. Auf der Austrittsseite hat sie auch nicht dazu geführt, dass sich die mittleren und oberen Hierarchiestufen im Berufsleben ausgeweitet hätten, sondern eher dazu, dass eine gewisse Abwertung der Schulstufen stattfand: Für ähnliche Berufspositionen wird heute mehr zertifizierte Qualifikation verlangt als vor 30 Jahren. Offensichtlich folgte diese Bildungsexpansion, deren Erwünschtheit hier keineswegs infrage gestellt werden soll, anderen Logiken als die wirtschaftlichen Strukturveränderungen; beide haben die gesellschaftliche Reproduktion der Ungleichheiten nicht grundlegend beeinflusst.

Soziale Schichtung

Mit diesen Überlegungen sind bereits die soziale Schichtung und ihre Dynamik angesprochen. Zwischen den genannten sozialen Teilbereichen und der sozialen Schichtung, d. h. dem System der sozialen Ungleichheiten, besteht ein innerer Zusammenhang. Alle diese Bereiche sind in sich hierarchisch organisiert, viele von ihnen sind u. a. Komponenten der Berufswelt.¹⁵ Deshalb gelten in der Forschung unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Stellung der Individuen und Fami-

lien nach wie vor Bildung, berufliche Stellung und Einkommen als die drei wichtigsten Statusgeber, wobei das Bildungssystem als Ort, wo berufsrelevante Qualifikationen erworben werden, auf die Berufswelt vorverweist und das Einkommen der meisten Erwachsenen weitgehend, wenn nicht sogar vollständig, durch ihre Berufstätigkeit bestimmt ist. Damit erscheint letztlich das Berufssystem als wichtigster schichtungsbildender Bereich, obwohl im Querschnitt jeweils nur ungefähr die Hälfte aller Landesbewohner und Landesbewohnerinnen tatsächlich berufstätig ist. Die anderen leben mehrheitlich unter sozialen Bedingungen, die entweder von der Berufstätigkeit eines für sie statusbestimmenden Familienmitglieds (Kinder, nicht berufstätige Ehefrauen) oder von ihrem vergangenen Berufsstatus (Pensionierte, Arbeitslose, Hospitalisierte) geprägt sind.

Die feststellbaren Veränderungen gehen nicht in die Richtung geringerer Ungleichheit, im Gegenteil: Wie erwähnt sind die Bildungsunterschiede zwischen den Sozialschichten in der Schweiz trotz Expansion stark ausgeprägt, die Berufspyramide bleibt ebenfalls steil (trotz gegenteiligen Managementdoktrinen nach dem Schlagwort «Verflachung der Hierarchien» und trotz dem geringfügig grösseren Anteil mittlerer Chargen in grösseren Unternehmungen), die Einkommens- und Vermögensunterschiede vergrössern sich. Damit bleiben die Ungleichheiten von Bildung, beruflicher Stellung, Einkommen und Vermögen die wichtigsten und auch für die individuelle Lebensführung folgenreichsten Komponenten der sozialen Schichtung. Diese hartnäckige Tatsache kontrastiert stark mit den zahlreichen Reformen des komplexen schweizerischen Bildungswesens seit den 1960er-Jahren (Bericht Labhart 1964) mit dem Ziel, die Ungleichheit der Bildungschancen zu verringern. In Bezug auf zwei Dimensionen wurden diese Ungleichheiten tatsächlich verringert: Die Frauen haben den vormaligen Bildungsvorsprung der Männer weitgehend wettgemacht, und Studierende aus peripheren Gebieten haben jene in den Zentren praktisch eingeholt. Schichtunterschiede sind dagegen weitgehend stabil geblieben (Levy et al. 1997; Meyer 2009). Dies bezeugt die Widerständigkeit von Ungleichheitsstrukturen und widerspricht der ideologischen Vision der Leistungsgesellschaft.

Kristallisierung der Ungleichheiten

Inwiefern bilden diese zentralen Ungleichheiten (also v.a. Bildung, Berufsstatus und Einkommen) ein einheitliches System, inwiefern bestehen sie unabhängig voneinander? In technischer Terminologie ist dies die Frage nach dem Kristallisierungsgrad der sozialen Schichtung. Hohe Kristallisierung bedeutet starke Übereinstimmung zwischen den Ungleichheitskriterien, d.h. es herrschen Ungleichheitslagen vor, bei denen die individuellen (tiefen/mittleren/hohen) Positionen nach allen wichtigen Kriterien übereinstimmen; geringe bzw. gar keine Kristallisierung bedeutet, dass alle erdenklichen Positionsprofile vorkommen. Es gibt Gründe zur Annahme, dass in allen westlichen Gesellschaften der Kristallisierungsgrad im Verlauf des 20. Jahrhunderts abgenommen hat, besonders in ausgeweiteter histori-

scher Perspektive.¹⁶ Die wenigen empirischen Hinweise aus der Schweiz deuten in dieselbe Richtung, jedenfalls bis in die 1970er-Jahre (Buchmann 1991; Lamprecht und Graf 1991; Levy et al. 1997). Seither scheint sich die Tendenz im Sinne einer gewissen Rekristallisierung umzukehren. Ausserdem ist die Übereinstimmung der Positionen in den tiefen und hohen Schichtlagen deutlich stärker als in den mittleren Bereichen, wo sich die Mehrheit der Bevölkerung befindet. Vereinfachend kann gesagt werden, dass eine stark ausgeprägte Kristallisierung der Ungleichheitslagen Voraussetzung für eine Klassenstruktur ist, während mittlere oder schwache Kristallisierung, wie im Falle der Schweiz, mit einer immer noch stark ungleichen sozialen Schichtung einhergehen kann, die aber Raum lässt für eine grosse Vielfalt unterschiedlich profilierter Schichtlagen (Bergman et al. 2002).

Die Frage nach der Kristallisierung der Ungleichheiten ist kein theoretisches Glasperlenspiel. Die viel diskutierte Individualisierung der gegenwärtigen Lebenswelt und die Pluralisierung der Lebensstile dürfte sehr direkt mit einem gesunkenen Kristallisierungsgrad zusammenhängen, ebenso die Vorstellung der Offenheit der Gesellschaft gegenüber individuellen Aufstiegsbestrebungen, auch die relative Unsichtbarkeit der sozialen Schichtung als solcher, oder zumindest die Unterschätzung ihres Ausmasses, und schliesslich eine gewisse Relativierung des Zusammenhangs zwischen sozialer Lage und politischer Rechts-Links-Orientierung. Solange soziale Ungleichheit nicht, wie hier, als mehrdimensionales Phänomen begriffen wird, sondern als einheitliche und homogene Dimension, muss beispielsweise die zuletzt erwähnte Entwicklung als Zeichen von deren politischem Relevanzverlust erscheinen.¹⁷

Soziale Mobilität

Das System der sozialen Ungleichheiten ist nicht nur statisch zu betrachten, seine Beschaffenheit wird grundlegender sichtbar, wenn auch die Auf- und Abwärtsbewegungen der Individuen in den Blick genommen werden. Knapp zusammengefasst präsentiert das schweizerische Mobilitätsregime, soweit es bisher analysiert wurde, ein Janusgesicht: zwar bestehen hohe Mobilitätsraten, doch führt die vorhandene Mobilität zu einem erstaunlich grossen Teil zur intergenerationalen Reproduktion der Ungleichheitslagen. Mit anderen Worten: Nach vollzogener Mobilität finden sich viele Mitglieder der jungen Generation in denselben sozialen Lagen wieder, die sie in ihrer Herkunftsfamilie gekannt hatten, weil ihr berufliches Einstiegsniveau unter jenem ihrer Eltern liegt (Joye et al. 2003; Falcon 2012). Die Schulbildung erweist sich dabei als zentraler Regulierungsfaktor, der die Platzierungschancen wirksamer verteilt als etwa der Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln.¹⁸ Sie legt zugleich – zwar nicht vollständig, aber weitgehend – für die verschiedenen Ausgangspositionen fest, wie weit nach unten man ab- und wie weit nach oben man aufsteigen kann – sicher nicht vollständig, aber recht weitgehend.

Die Mobilitätsanalyse liefert nicht die einzigen Hinweise auf die Wirksamkeit starker Reproduktionsprozesse oder Stabilisatoren der sozialen Ungleichheiten.

Auch die Wahl von Lebenspartnern und Freunden ist stark von der Schichtung strukturiert und erfolgt zu bedeutenden Anteilen nach dem Prinzip der Gesellung unter sozial Gleichen (Homogamie und Homosozialität). Trotz dem nicht vernachlässigbaren Mass an Offenheit, das durch die Mobilitätsraten und die nicht sehr hohe Kristallisation der Ungleichheiten signalisiert wird, sind also nach wie vor starke Kräfte am Werk, die nicht nur die Ungleichheitsstrukturen aufrechterhalten, sondern auch eine deutliche Kontinuität der sozialen Platzierung zwischen den Generationen.

Diskriminierung nach Geschlecht und Nationalität

Zwei grosse Bevölkerungskategorien werden vom schweizerischen Schichtungs- und Mobilitätsregime diskriminiert: Frauen und Ausländer. Für beide gelten nicht dieselben Platzierungs- und Aufstiegsbedingungen wie für ihre jeweilige «Gegenkategorie», d. h. Männer und Schweizer und Schweizerinnen. Frauen wie Ausländer sind in spezifischen Arbeitsmärkten konzentriert, Frauen wie Ausländer müssen gegenüber Männern bzw. Schweizer und Schweizerinnen überqualifiziert sein, um ein höheres Berufsniveau zu erreichen (d. h. für sie gelten ungünstigere Austauschbedingungen für die Umsetzung von Bildung in Berufsstatus), Frauen wie Ausländer werden tendenziell schlechter bezahlt; die relative Benachteiligung der Frauen ist in mancher Hinsicht noch gravierender als jene der Ausländer (vgl. u. a. Levy et al. 1997; Bühlmann et al. 1997; Gauthier und Gianettoni 2013).

Die Gründe dieser Ungleichbehandlungen sind komplex und haben zweifellos nur teilweise dasselbe Profil; sie können hier nicht im Einzelnen verfolgt werden. Ein besonders paradoxer Struktureffekt sei hier jedoch beispielhaft erwähnt, der den Übergang von Frauen und Männern in den Beruf betrifft. Mädchen haben gegenüber Jungen in den letzten Jahrzehnten ihren Gesamtrückstand im Bildungssystem weitgehend aufgeholt, auch im Bereich der Berufslehre. Bestehen bleibt jedoch eine starke Geschlechtstypisierung der Berufe und auch der Berufswahlen, was einen beträchtlichen Einfluss auf die Ungleichbehandlung der Geschlechter im Erwerbsbereich ausübt. Hier liegt eine bemerkenswerte Umwandlung von formaler Gleichheit in Ungleichheit im Lebensverlauf vor. Junge Männer und Frauen treten formal gleich gestellte Berufslehren an und schliessen sie mit formal gleichwertigen Lehrabschlusszeugnissen ab. Sie sind aber im Verlauf ihrer Berufslehre in grossen Anteilen auf geschlechtsspezifische Berufe «vorsortiert» worden und treten anschliessend in die entsprechenden Arbeitsmärkte ein. Da diese Arbeitsmärkte unter sich sozial geschichtet sind, d. h. viele typische Frauentätigkeiten berufshierarchisch tiefer eingestuft sind als ähnliche Männertätigkeiten, resultiert aus der zunächst «horizontalen» Vorsortierung in der Berufsbildung eine durchaus «vertikale» Hierarchisierung in der Berufspraxis, mit all ihren Folgen (Arbeitsbedingungen, Förderungsbedingungen, Entlohnung). Es handelt sich hier um «Struktur gewordenes (Berufs-)Geschlecht», d. h. um einen hoch institutionalisierten, von fallweisen, zwischenmenschlichen Aushandlungen

weitgehend unabhängigen Prozess der Ungleichheitsreproduktion zwischen den Geschlechtern.

Was die Ausländer betrifft, ist zuerst auf die Differenzierung ihrer rechtlichen Stellung hinzuweisen, die ihre Bürgerrechte – Freiheit der Arbeitsplatzwahl, der Wahl des Wohnorts, des unbeschränkten Aufenthalts, politische Rechte – klar abstuft. In gewisser Weise stellen die wichtigsten für Ausländer vorgesehenen rechtlichen Status, besonders verglichen mit der Vollbürgerschaft, eine offiziell festgelegte Ranghierarchie des Bürgerschaftsstatus dar: So gut wie gar keine Bürgerrechte können unangemeldet Anwesende («Illegale») beanspruchen, jede Demarche zur Wahrung auch nur ihrer Menschenrechte gefährdet ihren Aufenthalt, was sie extrem erpressbar macht; Saisonniers ~~müssen~~ eine Stelle haben, ~~können~~ diese nicht nach Belieben wechseln, ~~müssen~~ nach maximal neun Monaten das Land für mindestens drei Monate verlassen und ~~dürfen~~ ihre Familie nicht bei sich haben; Grenzgänger dürfen ihren Arbeitsplatz nur innerhalb der gesetzlich definierten Grenzregion wählen und müssen ihr Domicil jenseits der Grenze haben; Jahresaufenthalter kennen diesbezüglich mehr Freiheiten und müssen das Land nicht verlassen, damit ihre Aufenthaltsbewilligung verlängert werden kann; definitiv und ohne die für die anderen Kategorien geltenden Bedingungen akzeptiert, aber ebenfalls ohne politische Rechte (mit ~~wenigen~~ Ausnahmen in einzelnen Kantonen ~~Neuenburg~~ und Jura) sind die Niedergelassenen. ~~Die vollen~~ Bürgerrechte genießen nur Schweizer Bürger. Es erstaunt deshalb wenig, dass die beruflichen Aufstiegschancen der Ausländer und Ausländerinnen ebenfalls mit ihrem Status zusammenhängen (Levy et al. 1997) und dass sie diversen Diskriminationsformen ausgesetzt sind (Fibbi und Wanner 2004; Lagana 2011).

Entwicklungslinien

Zu den wichtigeren Veränderungen der schweizerischen Sozialstruktur in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts gehören zunächst jene, welche die zentralen Ungleichheitsdimensionen betreffen.

- Von der Bildungsexpansion war bereits die Rede. Wenn sie auch keinen generellen Ausgleich der Mobilitätschancen gebracht hat, so wurden doch in ihrem Verlauf Bildungsunterschiede zwischen den Geschlechtern und auch zwischen verschiedenen gut versorgten Regionen reduziert, und der generelle Bildungsstand der Bevölkerung erhöhte sich.
- Im Berufsbereich haben sich zwar in der geschilderten Weise wichtige Strukturveränderungen durchgesetzt, diese haben jedoch die hierarchische Dimension weit weniger betroffen als qualitative Aspekte der Berufstätigkeit: erhöhte Qualifikationsanforderungen; Verlagerungen der Ausrichtung weg von körperlicher in Richtung relationaler und symbolisch-intellektueller Tätigkeiten; Intensivierung der Arbeit, teilweise auch erhöhte Autonomie und Verantwortung. Wissen (inkl. Beherrschung der neuen Instrumente der Informationsverarbeitung) ist zu einer zentralen Produktivkraft geworden, damit auch zu einer besonders mobilitätswirksamen persönlichen Ressource. Wichtig ist, die

fortschreitende Tertiarisierung nicht vorschnell mit genereller Erhöhung des beruflichen Status und Verbesserung der Arbeitsbedingungen gleichzusetzen; wie in allen hoch bzw. postindustrialisierten Ländern umfasst die Ausweitung des Dienstleistungsbereichs auch in der Schweiz neben der Vermehrung von Expertenstellen ein Anwachsen des «Dienstleistungsproletariats».

- Die Reichtumsunterschiede bei Einkommen und Vermögen haben sich kontinuierlich und beträchtlich vertieft, nicht erst unter dem Einfluss der Krise der 1990er-Jahre. Ein wachsender unterer Rand der schweizerischen Bevölkerung lebt in Armut,¹⁹ und dies nicht nur im Fall von Arbeitslosigkeit, sondern auch als «working poors»; gleichzeitig nimmt die Konzentration des Reichtums in Form von hohen Einkommen und Vermögen zu und wird durch unternehmenspolitische Umverteilungsentscheidungen (Shareholder Value) und die Bedeutungszunahme finanz- gegenüber realwirtschaftlicher Dynamiken bekräftigt. Diese Entwicklung betrifft v. a. die unteren und oberen Extremlagen und wesentlich weniger die mittleren Schichten (Suter et al. 2009; Bühlmann et al. 2012).
- Die Entkristallisierung der vergangenen Jahrzehnte scheint sich in eine Rekristallisierung zu verwandeln, wodurch auch die klassischen Verteilungskonflikte (Sozialpartnerschaft, politische Links-Rechts-Dimension) wieder an Gewicht zunehmen dürften, die mit Ungleichheiten verknüpft sind, allerdings mit einer gewissen Verzögerung, weil die entsprechende Bewusstseinsbildung mit der strukturellen Entwicklung nicht Schritt hält.
- Die Verhältnisse zwischen institutionellen Sektoren haben sich in der bereits beschriebenen Weise verändert, darauf soll nicht nochmals eingegangen werden.
- Die regionalen Disparitäten (etwa gemessen an den kantonalen Sozialprodukten pro Kopf) haben sich nicht linear entwickelt, nehmen aber in der Tendenz zu, auch wenn die Wirksamkeit dieser Tendenz durch die Kleinräumigkeit des Territoriums und die zunehmende Pendlerpraxis gebremst wird (1990 pendelte bereits die Hälfte der Berufstätigen täglich zwischen Wohn- und Arbeitsort, und 20 Jahre später nimmt ihr Anteil immer noch zu). Während auf regionaler Ebene eine Zentrum-Peripherie-Dimension klar erkennbar ist, erscheint auf Gemeindeebene das Entwicklungsmuster insofern komplexer, als sich in den Kronen grösserer Agglomerationen urbane Unterkerne herausbilden (Periurbanisierung) und sich in ländlicheren Regionen Kleinagglomerationen entwickeln; damit leben bereits gut zwei Drittel der Bevölkerung in urbanen Verhältnissen. Unter der Desindustrialisierung leiden besonders die ehemals industrialisierten ländlichen Regionen, deren wirtschaftliche Rekonversion schwerfällt. Die befürchteten wirtschaftlichen und sozialen Entmischungstendenzen scheinen sich jedoch bisher nur in Ansätzen, v. a. in peripheren Regionen durchzusetzen, sollten aber besser beobachtet werden, als dies bisher der Fall ist. Dass sie sich nicht stärker ent-

wickelt haben, ist weitgehend der Verbesserung der Transportinfrastruktur zu verdanken, besonders in den grossen Agglomerationsgebieten. In diesem Rahmen haben sich auch die Armutsgebiete verlagert. Namentlich dank der Ausgleichspolitik für die Berggebiete durch den Bund gehören die Bergbauern nicht mehr zur Armutsbevölkerung. Diese findet sich v. a. in den Städten und den Agglomerationsrandgebieten sowie in jenen Regionen, deren industrielle bzw. postindustrielle Konversion nicht vorankommt.

- Weiter verstärken dürfte sich auch der Zug zu grossräumigeren territorialen Gruppierungen (Beispiele: Mittelland, Bassin lémanique) um die zentralstädtischen Ballungsgebiete, die z. T. nicht nur die kantonalen, sondern auch die nationalen Grenzen überschreiten (Basel, Genf, Tessin), und auf die sich die Wirtschafts- und Arbeitsmarktdynamik stärker als früher konzentriert. Damit wächst auch das Auseinanderklaffen zwischen effektiven sozioökonomischen Regionen und legal verankerten politisch-administrativen Territorien.

4 Entwicklungsperspektiven

Viele Entwicklungen im Bereich der schweizerischen Sozialstruktur zeigen nicht ohne Weiteres Gemeinsamkeiten und sind auch nicht so linear und langfristig, wie sie gemeinhin (etwa in den Medien) wahrgenommen werden. Insofern ist es auch nicht ohne Weiteres möglich, bisher dokumentierte Trends als stabil und unveränderlich in die Zukunft zu projizieren; man denke nur ans Beispiel der Bildungsexpansion, der gegenwärtig starke politische Kräfte entgegenwirken. Ausserdem steckt die empirische Erforschung langfristigen Wandels der schweizerischen Sozialstruktur noch in ihren Anfängen (vgl. dazu Levy und Suter 2002 und die schweizerischen Sozialberichte: Suter et al. 2000, 2004, 2009; Bühlmann et al. 2012). Zu den Grundtendenzen, die sich in den kommenden Jahren kaum massiv ändern dürften, gehören, im Sinne von Hypothesen, vermutlich die folgenden:

- Verschärfung des Wettbewerbs um Arbeit, damit Vergrösserung der Asymmetrie im Verhältnis Arbeitgeber/Arbeitnehmer,
- Zunahme der Ungleichheiten, besonders von Einkommen und Vermögen,
- im Zusammenhang damit Verschärfung der klassischen Verteilungskonflikte, aber auch Zunahme der bekannten unpolitischen Ungleichheits- und Armutskorrelate (diverse Formen von abweichendem Verhalten, wie Alkoholismus, Drogen- und Medikamentenabhängigkeit, Delinquenz und Gewaltbereitschaft, psychosomatische Leiden),
- Verstärkung von sozialen Schliessungs- und Abwehrtendenzen bis hin zu verstärkter Xenophobie, Sexismus und Rassismus,
- Pluralisierung und Individualisierung der Lebensformen und Wertorientierungen (dies dürfte die instabilste der hier genannten Veränderungen sein, besonders gegenüber der «materialistischen» Verteilungsproblematik),

- Auseinanderdriften der Problemlösungsansprüche aus der Alltagswelt und der Logiken von institutionellen, namentlich politischen Strukturen und Abläufen, an die sich solche Ansprüche im Prinzip richten,
- **Vergrößerung des Machtgefälles zwischen Politik und Wirtschaft und damit** Abnahme der Legitimität politischer Instanzen,
- dadurch tendenziell sinkende politische Steuerungskapazität.

Die Veränderungen im Bereich der Arbeit (Verteilung, Organisation) verdienen angesichts ihres zentralen Stellenwerts in der modernen Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit. Obwohl ihre Prognose recht problematisch ist, muss unter den gegenwärtig vorherrschenden Bedingungen erwartet werden, dass prekäre Arbeitsverhältnisse und solche mit wenig sozialverträglichen Einsatzbedingungen, auch wirtschaftlich wenig konsolidierte Formen der Selbstständigkeit, an Gewicht zunehmen werden. Neben der wirtschaftlichen und sozialen Prekarisierung wachsender Bevölkerungsteile (inkl. Mittelschichten) hat die Zunahme solcher Existenzbedingungen auch sozialpolitische Folgen. Die Funktionsweise der wichtigsten Sozialwerke beruht auf Normalitätsannahmen über vorwiegende Lebens- (Vorherrschen von Familien) und Arbeitsformen (Normalarbeitsverhältnis mit vollzeitlicher und unbefristeter Anstellung), die für wachsende Teile ihrer potenziell Begünstigten immer weniger erfüllt sind. Damit entsteht neben dem bereits heute diskutierten Finanzierungsproblem auch die Gefahr einer neuen, sozialstaatlichen Form der Diskriminierung, die mit der wirtschaftlichen Benachteiligung derselben Bevölkerungskreise kumulieren würde. Auch die ausschliessliche Finanzierung der Alters- und Arbeitslosigkeitsvorsorge durch die menschliche Arbeit (anstelle der gesamten betrieblichen Wertschöpfung) trägt den aktuellen Entwicklungen in keiner Weise Rechnung.

Die Ausdehnung der Praxis kurzfristiger und partieller Arbeitsverhältnisse führt zu einer Vergrößerung der Randbelegschaften auf Kosten der Stammebelegschaften. Zusammen mit der allgemein stärker vorherrschenden kurz- statt langfristigen Unternehmenspolitik droht dies zu einer gesamtwirtschaftlichen Reduktion der Humankapitalpflege zu führen. Die einschlägigen Untersuchungen zeigen, dass Betriebe selbst in ihren Stammebelegschaften Weiterbildung höchst selektiv fördern und sie eher als individuelle Belohnung denn als Mittel der gesamtbetrieblichen Qualifikationssteigerung einsetzen (Bundesamt für Statistik 1995; Levy et al. 1997). Da die Schweiz gegenüber anderen europäischen Ländern das Prinzip des lebenslangen Lernens im Berufsbereich noch kaum institutionalisiert hat, erscheint diese Tendenz als besonders besorgniserregend.

Angesichts dieser wenig erfreulichen Perspektiven ist nochmals auf das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik zurückzukommen bzw. allgemeiner zwischen Politik und anderen institutionellen Bereichen. In einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive hat grundsätzlich das politische gegenüber den anderen Teilsystemen des gesellschaftlichen Lebens eine besondere Stellung inne. Nicht nur

hat es, wie diese, seine charakteristische Binnenstruktur, die Positionen, Aufgaben und Belohnungen ungleich unter die vorhandenen «Bewerber» verteilt. Es kennt darüber hinaus als einziges formalisierte Entscheidungs- und Rekrutierungsverfahren, die sich an demokratischen Prinzipien orientieren. Ausserdem betreffen die in seinem Rahmen getroffenen Entscheidungen nicht in erster Linie sein eigenes, internes Funktionieren, sondern die Regulierung der gesamten Gesellschaft. Damit eröffnet sich eine Perspektive auf die gegenwärtigen politische Probleme, die von gängigen Diagnosen abweicht. Seine spezifische Position im gesellschaftlichen Gesamtsystem designiert das politische System zum Adressaten von Anforderungen, Problemartikulationen, Legimitätsdefiziten, die aus anderen Teilsystemen der Gesellschaft stammen – heute besonders aus dem wirtschaftlichen – durch die dort institutionalisierten Bearbeitungsverfahren aber nicht befriedigend «verdaut» oder gar gelöst werden können. So gesehen leidet das politische System der Schweiz weniger unter einem Übermass an Demokratie als unter einem Überdruck an Ansprüchen, die in anderen, nicht demokratisch organisierten gesellschaftlichen Bereichen entstehen und dort nicht zufriedenstellend behandelt werden. In dieser Situation erscheint die Beurteilung der Staatstätigkeit nach rein wirtschaftlichen Kriterien als besonders problematisch und droht, selbst das relativ «bescheidene» Grundprinzip der sozialstaatlichen Subsidiarität infrage zu stellen, obwohl die Schweiz – mit den USA, Kanada und Japan – zu jenen hoch industrialisierten Ländern gehört, die den «billigsten» Staat haben und ihre Sozialausgaben, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, auch zu Beginn der 1990er-Jahre deutlich unter jenem Niveau liegen, das im internationalen Vergleich zur Regel gehört (Gilliand und Ros-sini 1997); seither haben sie sich dem europäischen Mittelwert angeglichen.

Diese Überlegungen stehen im Zusammenhang mit einer verstärkten politischen Tendenz, wohlfahrtsstaatliche Ausgaben ausschliesslich als Kostenfaktor anzusehen – eine einseitige Sichtweise, die den komplexen Regulationsfunktionen eines modernen Staates nicht gerecht wird. Dies zeigt sich in den divergierenden Postulaten und Forderungen, die zunehmend die politische Debatte kennzeichnen (z.B. nach mehr wirtschaftlicher Liberalisierung einerseits, nach mehr Schutz gefährdeter Branchen andererseits, oder in der Bereitschaft, Armut sich entwickeln zu lassen, weil Löhne nur noch unter Kostengesichtspunkten beurteilt werden, aber zugleich die sozialstaatlichen Schutzmassnahmen gegen Arbeitslosigkeit reduzieren zu wollen, oder wenn dieselben Kreise die Erhöhung des Pensionierungsalters fordern und ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen vermehrt «freistellen», wohl wissend, dass ihre Chancen, andere Stellen zu finden, praktisch inexistent sind).

Obwohl bisher bemerkenswert wenige Gegentendenzen sichtbar wurden, muss sich diese Situation nicht schicksalhaft und ungebremst verstärken. Es gibt beispielsweise Anzeichen dafür, dass die Legitimität der Wirtschaftslogik und der neuen, die Investoren begünstigenden Unternehmenspraxis sinkt, was einen Impuls zur Relegitimierung der Politik leisten kann, jedenfalls dann, wenn diese

als glaubhafter Akteur gegen die geschilderten Tendenzen und ihre unliebsamen Folgen auftritt. Beispiele massiverer Veränderungen, die der wesentlichsten Machtverschiebung gegensteuern könnten, wären, um mit dem nationalen Innenraum zu beginnen, eine dezidiertere Binnenmarktpolitik, auf globalerer Ebene die Fortentwicklung einer erst in punktuellen Ansätzen bestehenden internationalen, vielleicht sogar globalen Sozialpartnerschaft sowie der Beitritt zur EU als einem gegenüber der globalisierten Wirtschaft wirkungsmächtigeren Politikverbund. Die politische Debatte über derartige grundlegende Strategiefragen ist jedoch noch stark unterentwickelt.

Anmerkungen

- 1 Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf den detaillierten Nachweis der im Folgenden kommentierten Fakten und Analysen verzichtet. Die Darstellung stützt sich vor allem auf die Analysen und Arbeiten, die in Levy et al. (1997) und Levy (2009) verwendet wurden, sowie empirisch auf den beiden letzten Schweizerischen Sozialberichten (Suter et al. 2009; Bühlmann et al. 2012); dort sind auch detailliertere Literaturhinweise zu finden.
- 2 Noch 1925–1927 betrug der Anteil der Textilien am gesamten Exportertrag 41,4 %, an zweiter Stelle standen die Erzeugnisse der sich in starkem Aufschwung befindlichen Maschinen- und Metallindustrie mit 19,5 % (Bergier 1983).
- 3 So standen 1995 die aus der Schweiz stammenden Direktinvestitionen international an achter Stelle (World Competitiveness Report 1995, zit. nach Strahm 1997), 2005 sogar an sechster Stelle (Schweizerische Nationalbank 2005).
- 4 Ins öffentliche Bewusstsein trat dieser Aspekt der Bergwelt wohl erstmals durch den Film Die Landschaftsgärtner (Kurt Gloor, 1969).
- 5 Noch in der Mitte des 19. Jahrhunderts werden um die 60 % der Budgets von Arbeiterhaushalten allein für Nahrung ausgegeben, 20 % fürs Wohnen und 14 % für die Nahrung.
- 6 Das «goldene Dreieck» Zürich/Basel/Bern, der lemanische Dipol Genf/Lausanne, zunehmend auch das Tessiner Konzentrationsband Locarno/Bellinzona/Lugano/Chiasso, das heute als quasihomogene urbane Zone erscheint (Schuler et al. 1997, 2007).
- 7 Nur wenige Länder der OECD kannten im Maximum einen gleich hohen Anteil des Sekundärsektors wie die Schweiz, aber die Schweizer Industrie beruhte nie auf klassischer Massenproduktion.
- 8 Über die Hälfte der Jungen schliessen ihre Ausbildung mit einer Berufslehre ab.
- 9 Nach der Betriebszählung 2005 waren in diesem Jahr nicht mehr als 18 % aller Stellen in Industrie und Dienstleistungen in Unternehmen mit mindestens 100 Angestellten zu finden, diese stellten aber nur 1 % aller Firmen in diesen beiden wirtschaftlichen Hauptsektoren dar.
- 10 Während Jahrzehnten oszillierte die Exportrate zwischen 25 und 35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), in den 1990er-Jahren ist sie weiter gestiegen und liegt 1995 für den Exportanteil des BIP bei 35 %, für den im Ausland erwirtschafteten Anteil des Bruttosozialprodukts bei 42 % (Kappel und Landmann 1997) und ist seither laut Weltbankdaten auf rund 50 % gestiegen. Das Schweizer Aussenhandelsvolumen pro Kopf der Bevölkerung ist international eines der höchsten (BFS 2005: 282).
- 11 Bereits in den 1980er-Jahren lauteten Schätzungen für den Anteil von Dienstleistungsfunktionen in einzelnen international tätigen Industriefirmen auf über 50 %.
- 12 Die absolute Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie ist nach wie vor weitgehend konstant und beträgt rund eine Million.
- 13 Allerdings ist das institutionelle Funktionieren in der Schweiz noch nicht systematisch auf diese Möglichkeit eingestellt, wesentlich weniger als etwa in den skandinavischen Ländern oder in Deutschland; entsprechend seltener sind denn auch solche Verlaufsmuster.

- 14 Entgegen einer in den Medien vorherrschenden Betrachtungsweise zeigen systematische Studien nicht nur in der Schweiz, dass relativ traditionelle Strukturen familiären Zusammenlebens bedeutend weniger diversifiziert werden als vielfach angenommen wird (Levy et al. 1997; Fux 1997; Baumgartner und Fux 1998).
- 15 Insofern, als etwa im Gesundheitssystem ebenso unter Berufsbedingungen gearbeitet wird wie in einer anderen Dienstleistungsbranche oder in der Güterproduktion.
- 16 Besonders, wenn man den Vergleich beim Ständestaat des Ancien Régime beginnen lässt (Kocka 1979).
- 17 Vgl. etwa Clark und Lipset (1991) und die von ihnen provozierte wissenschaftliche Debatte.
- 18 Das Schweizer Mobilitätsregime unterscheidet sich diesbezüglich vom angelsächsischen und skandinavischen und gleicht dem deutschen und österreichischen (Western und Wright 1994); Letztere kennen, wie die Schweiz und im Unterschied zu praktisch allen anderen hochindustrialisierten Ländern, ein stark strukturiertes, teilweise duales System der Berufsbildung.
- 19 In der Forschung wie auch in der Praxis sind verschiedene Kriterien zur Definition von Armut geläufig. Ausserdem ist die Armutsbevölkerung nicht überall gleich gross. Je nach verwendetem Kriterium (weniger als 50 % des mittleren verfügbaren persönlichen Einkommens, oder weniger als 50 % des personellen Medianeinkommens, oder gemäss einer komplexeren, nicht ohne weiteres quantitativ fixierbaren Definition aufgrund der Lebenslage) und je nach betrachteter Region (einzelne Städte, Kantone oder ganze Schweiz) liegen die Schätzungen in den 1980er-Jahren zwischen 5,6 und 24,0 % der Haushalte (eine Übersicht gibt Regamey 1994; vgl. auch Sommer und Schütz 1996); angesichts der kommunalen und regionalen Disparitäten erstaunt es wenig, dass die nationale Armutsstudie für den Beginn der 1990er-Jahre die niedrigsten Schätzungen liefert, auch wenn es kontraintuitiv ist (Leu, Burri und Priester 1997), weil die lokalen und regionalen Studien gezielt in Kontexten mit akuten Armutsproblemen unternommen wurden, während die nationale Studie das gesamte Territorium abdeckt (2008 betrug der Anteil der «working poors» 3,8 % und die Armutsquote 5,2 %). Eine neuere Übersicht geben Tabin und Merrien (2012).

Literaturverzeichnis

- Antille, Gabrièle, Beat Bürgenmeier und Yves Flückiger (1997): *L'économie suisse au futur. Une réforme en trois piliers*. Lausanne: Réalités sociales.
- Baumgartner, Doris und Beat Fux (1997): Papa, Mama und der Staat: Welche familienpolitischen Leistungen brauchen Familien mit Kleinkindern? In: Marie-Meierhofer-Institut für das Kind (Hrsg.): *Startbedingungen für Familien. Forschungs- und Erlebnisberichte zur Situation von Familien mit Kleinkindern in der Schweiz und sozialpolitische Forderungen*. Zürich: Pro Juventute, 295–318.
- Becker, Gary (1981): *A Treatise on the Family*. Cambridge: Harvard University Press.
- Bergier, Jean-François (1983): *Wirtschaftsgeschichte der Schweiz*. Einsiedeln: Benziger.
- Bergman, Manfred Max, Dominique Joye und Beat Fux (2002): Social Change, Mobility, and Inequality in Switzerland in the 1990s. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 28(2), 267–295.
- Bonoli, Giuliano (2004): Der Schweizer Sozialstaat im Ländervergleich: Das Ende eines «Sonderfalls»? In: Suter, Christian, Isabelle Renschler und Dominique Joye (Hrsg.): *Sozialbericht 2004*. Zürich: Seismo, 154–174.
- Borner, Silvio, Aymo Brunetti und Thomas Straubhaar (1990): *Schweiz AG. Vom Sonderfall zum Sanierungsfall?* Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Braudel, Fernand (1979): *Civilisation matérielle et capitalisme. XVe – XVIIIe*. Paris: Armand Colin.
- Buchmann, Marlis (1991): Soziale Schichtung im Wandel. Zur Differenzierung der Struktur sozialer Ungleichheit in der Schweiz. In: Bornschie, Volker (Hrsg.): *Das Ende der sozialen Schichtung? Zürcher Arbeiten zur gesellschaftlichen Konstruktion von sozialer Lage und Bewusstsein in der westlichen Zentrumsgesellschaft*. Zürich: Seismo, 215–231.
- Bühlmann, Felix, Céline Schmid Botkine, Peter Farago, François Höpflinger, Dominique Joye, Pasqualina Perrig-Chiello und René Levy (2012, Hrsg.): *Sozialbericht 2012: Fokus Generationen*. Zürich: Seismo.

- Bühlmann, Jacqueline, Anna Borkowski und Werner Seitz (1997): Auf dem Weg zur Gleichstellung? Aktualisierung der zentralen Indikatoren. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (1995): Weiterbildung in der Schweiz. Erhebung 1993. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2005): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2005. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Clark, Terry Nichols und Seymour Martin Lipset (1991): Are Social Classes Dying? *International Sociology* 6(4), 397–410.
- Falcon, Julie (2012): Temporal Trends in Intergenerational Social Mobility in Switzerland: A Cohort Study of Men and Women Born between 1912 and 1974. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 38(2), 153–175.
- Fibbi, Rosita und Philippe Wanner (2004): Migration zwischen Demographie und Demokratie. In: Suter, Christian, Isabelle Renschler und Dominique Joye (Hrsg.): *Sozialbericht 2004*. Zürich: Seismo, 110–126.
- Fux, Beat (1997): Familiäre Lebensformen und Akzeptanz familienpolitischer Einrichtungen. In: Fux, Beat, Andreas Bösch, Priska Gisler und Doris Baumgartner (Hrsg.): *Bevölkerung und eine Prise Politik. Die schweizerische Migrations-, Familien- und Alterspolitik im Fadenkreuz von Einstellungen und Bewertungen*. Zürich: Seismo, 119–172.
- Gauthier, Jacques-Antoine und Lavinia Gianettoni (2013): Socialisation séquentielle et identité de genre liées à la transition de la formation professionnelle à l'emploi. *Revue suisse de sociologie* 39(1), 33–55.
- Gilliand, Pierre und Stéphane Rossini (1997): La protection sociale en Suisse. Recettes et dépenses, 1948–1997. Comparaison avec les pays de l'Union européenne. Lausanne: Réalités sociales.
- Granovetter, Mark (1992): Economic Institutions as Social Constructions. A Framework for Analysis. *Acta Sociologica* 35(1), 3–11.
- Joye, Dominique, Manfred Max Bergman und Paul S. Lambert (2003): Intergenerational Educational and Social Mobility in Switzerland. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 29(2), 263–292.
- Kappel, Rolf und Oliver Landmann (1997): Die Schweiz im globalen Wandel. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Kocka, Jürgen (1979): Stand – Klasse – Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriss. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 137–165.
- Lagana, Francesco (2011): Blocked mobility or unemployment risk? Labour market transitions of natives and immigrants in Switzerland. *International Journal of Comparative Sociology* 52(4), 327–349.
- Lamprecht, Markus und Martin Graf (1991): Statuszuweisung in den siebziger und achtziger Jahren. In: Bornschier, Volker (Hrsg.): *Das Ende der sozialen Schichtung? Zürcher Arbeiten zur gesellschaftlichen Konstruktion von sozialer Lage und Bewusstsein in der westlichen Zentrums-gesellschaft*. Zürich: Seismo, 189–214.
- Leu, Robert, Stefan Burri und Tom Priester (1997): Lebensqualität und Armut in der Schweiz. Bern: Haupt.
- Levy, René (2009): Die schweizerische Sozialstruktur. Zürich: Rüegger.
- Levy, René und Christian Suter (2002): Stratification Research in Switzerland: Where Are We at? *Revue suisse de sociologie* 28(2), 181–192.
- Levy, René, Dominique Joye, Olivier Guye und Vincent Kaufmann (1997). *Tous égaux? De la stratification aux représentations*. Zürich: Seismo (deutsche Kurzfassung: Dies. (1998): *Alle gleich? Soziale Schichtung, Verhalten und Wahrnehmung*. Zürich: Seismo).
- Levy, René und Eric Widmer (2013, Hrsg.): *Gendered life courses between individualization and standardization. A European approach applied to Switzerland*. Vienna: LIT.
- Luhmann, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Marx, Karl (1867, 1959–72). *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* (3 Bde.). Berlin (DDR): Marx-Engels-Werke.
- Meyer, Thomas (2009): Wer hat, dem wird gegeben: Bildungsungleichheit in der Schweiz. In: Suter, Christian, Silvia Perrenoud, René Levy, Ursina Kuhn, Dominique Joye, Pascale Gazareth (Hrsg.): *Sozialbericht 2008. Die Schweiz vermessen und verglichen*. Zürich: Seismo, 60–81.
- Parsons, Talcott (1951): *The Social System*. Glencoe: Free Press.

- Perrig-Chiello, Pasqualina (2004): Soziale Integration im Spiegelbild lebenszyklischer Übergänge. In: Suter, Christian, Isabelle Renschler und Dominique Joye (Hrsg.): Sozialbericht 2004. Zürich: Seismo, 129–153.
- Polanyi, Karl (1957): The Great Transformation. New York: Beacon Press and Rinehart Co.
- Regamey, Caroline (1994) : Pauvretés en Suisse. Sécurité sociale 2, 70–74.
- Sapin, Marlène, Dario Spini und Eric Widmer (2007): Les parcours de vie. De l'adolescence au grand âge. Lausanne: Presse polytechniques et universitaires romandes (Le savoir suisse).
- Schuler, Martin, Pierre Dessemontet, Christophe Jemelin, Alain Jarne, Natacha Pasche und Werner Haug (2007): Atlas des räumlichen Wandels der Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Schuler, Martin, Thérèse Huissoud, Christophe Jemelin und Suzanne Stofer (1997): Strukturatlas der Schweiz. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Schweizerische Nationalbank (2005): Swiss investment and financing abroad. http://snb.ch/en/mmr/speeches/id/ref_20051109_nbl [1.1.2013].
- Sommer, Jürg H. und Stefan Schütz (1996): Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit. Bern: Haupt.
- Suter, Christian (2000, Hrsg.): Sozialbericht 2000. Zürich: Seismo.
- Suter, Christian, Isabelle Renschler und Dominique Joye (2004, Hrsg.): Sozialbericht 2004. Zürich: Seismo.
- Suter, Christian, Silvia Perrenoud, René Levy, Ursina Kuhn, Dominique Joye und Pascale Gazareth (2009, Hrsg.): Sozialbericht 2008. Die Schweiz vermessen und verglichen. Zürich: Seismo.
- Strahm, Rudolf H. (1997): Arbeit und Sozialstaat sind zu retten. Analysen und Graphiken zur schweizerischen Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung. Zürich: Werd Verlag.
- Tabin, Jean-Pierre und François-Xavier Merrien (2012): Regards croisés sur les pauvretés. Lausanne: Ecole d'études sociales.
- Wallerstein, Immanuel (1976): The Modern World System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century. New York: Academic Press.
- Weber, Max (1921, 1976): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: Mohr (Studienausgabe).
- Western, Mark und Erik Olin Wright (1994): The Permeability of Class Boundaries to Intergenerational Mobility Among Men in the United States, Canada, Norway and Sweden. American Sociological Review 59(3), 606–629.
- Widmer, Eric, René Levy, Alexandre Pollien, Raphaël Hammer und Jacques-Antoine Gauthier (2003): Entre standardisation, individualisation et sexuation: une analyse des trajectoires personnelles en Suisse. Revue suisse de sociologie 29(1), 35–67.